

schaftszweige unseres Landes zusätzliche Schwierigkeiten mit sich gebracht. Aus gesamtwirtschaftlichen Ueberlegungen hat die Nationalbank bekanntlich Anfang Oktober 1978 eine Neuorientierung ihrer Wechselkurspolitik vorgenommen. Ihre Bemühungen zur Stabilisierung des Kursverhältnisses zur DM sowie die amerikanischen Massnahmen zur Stützung des Dollars haben inzwischen zu einer Beruhigung der Lage an den internationalen Devisenmärkten und damit vor allem zu einer fühlbaren Abschwächung des Frankenkurses geführt. Insbesondere die Stabilisierung des Kursverhältnisses zur DM bei gegenwärtig rund 90 Franken für 100 DM, die gegenüber dem Kursstand von Ende September 1978 immerhin einer Abschwächung des Frankenkurses von rund 15 Prozent entspricht, bedeutet für die schweizerische Möbelindustrie eine ins Gewicht fallende Wettbewerbserleichterung. Mit Import- bzw. Exportanteilen von 41 Prozent bzw. 46 Prozent im abgelaufenen Jahr ist die BRD nicht nur der wichtigste Handelspartner der Schweiz auf diesem Gebiet; sie ist zugleich der bedeutendste Konkurrent unserer Möbelindustrie auf den Drittmärkten.

Dank grosser Anstrengungen ist es der schweizerischen Möbelindustrie in den letzten Jahren gelungen, ihre Produktion, wenn auch bei rückläufiger Beschäftigtenzahl, zu erhöhen. Selbst im schwierigen Jahr 1978 konnte eine Produktionsausweitung um rund 3,5 Prozent erzielt werden, wogegen die gesamtschweizerische Industrieproduktion nur um 1 Prozent gewachsen ist. Hauptverantwortlich für diese positive Entwicklung ist die kräftige Ausweitung der Exporte, die von 1973 bis 1978 mehr als verdoppelt werden konnten, wogegen die Importe im gleichen Zeitraum insgesamt nicht nennenswert gestiegen sind und sich damit etwa im Rahmen der Entwicklung des schweizerischen Möbelkonsums bewegt haben. Im vergangenen Jahr hat sich dieses Bild zwar leicht gewandelt, doch ist die reale Importsteigerung mit 9,9 Prozent nur unwesentlich stärker ausgefallen als jene der Exporte. Dem Wert nach sind die Ausfuhren sogar stärker gestiegen als die Einfuhren (6,9 Prozent gegenüber 2,7 Prozent).

Mit Blick auf die kräftige Höherbewertung des Frankens ist der Rückgang der Mittelwerte der Möbeleinfuhren 1978 mit rund 6,5 Prozent eher massvoll ausgefallen und hinter jenem der schweizerischen Gesamtimporte zurückgeblieben. Damit haben sich die durchschnittlichen Preise der Möbelimporte im vergangenen Jahr wieder etwa auf dem Niveau des Jahres 1976 bewegt.

Die gravierende Währungsunsicherheit des vergangenen Jahres scheint tatsächlich manche Unternehmer bewogen zu haben, die Frage von zumindest partiellen Produktionsverlagerungen ins Ausland zu prüfen. Bei etwas weitsichtiger Betrachtung zeigt sich jedoch in den meisten Fällen, dass einerseits der Preis – und damit auch der Wechselkurs – keineswegs die einzigen und oft nicht einmal die wichtigsten Elemente der Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens oder eines Produktes sind. Oft spielen Faktoren wie Qualitätsproduktion, Zuverlässigkeit der Lieferung und des Service, sozialer Friede u. a. m. eine weit bedeutendere Rolle. Andererseits dürften auch die Ausweichmöglichkeiten zumindest im europäischen Raum sehr beschränkt sein. Nachdem in der Zwischenzeit die Währungsrelationen – wie erwähnt – fühlbar korrigiert worden sind, ist es denn auch in den meisten Fällen bei der blossen Prüfung dieser Frage geblieben: Bis heute sind uns keine Produktionsverlegungen von volkswirtschaftlich schädlichem Ausmass bekannt geworden.

Für das laufende Jahr darf wohl damit gerechnet werden, dass die in den letzten Monaten deutlich verbesserte Konsumentenstimmung sowie die bereits in Gang befindliche allmähliche Erholung im Wohnungsbau namentlich auch der Möbelindustrie zugute kommen werden. Dies, nachdem sich der inländische Möbelabsatz schon 1978 günstiger entwickelt hatte als die schweizerischen Kleinhandelsumsätze insgesamt.

Importschutzmassnahmen zugunsten der schweizerischen Möbelindustrie können nicht in Betracht gezogen werden. Angesichts der weltweit zunehmenden protektionistischen Tendenzen muss die Schweiz als exportorientiertes Land besonders darauf achten, keine Massnahmen zu treffen, welche den Bestrebungen zur Erhaltung und Verbesserung möglichst liberaler Welthandelsbeziehungen zuwiderlaufen. Im Falle der Möbelindustrie ist insbesondere zu berücksichtigen, dass schweizerische Importrestriktionen die betroffenen Lieferländer – gleichzeitig unsere wichtigsten Kunden – zu Gegenmassnahmen veranlassen dürften, welche die positive Exportentwicklung der letzten Jahre zum Erliegen bringen müssten. Mit Bezug auf die allfällige Anrufung der Schutzklauseln des Freihandelsabkommens mit der EWG ist darauf hinzuweisen, dass diese grundsätzlich nur unter eusserordentlichen Umständen bzw. bei schwerwiegenden Störungen als Folge zollabbaubedingter Importzunahmen anwendbar sind. Dazu kommt, dass die EWG und die Schweiz seit Rezessionseinbruch von den Schutzklauseln bisher keinen Gebrauch gemacht und damit die Schaffung gefährlicher Präzedenzfälle vermieden haben. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass an diesem Kurs festzuhalten ist.

Präsident: Herr Kessler hat sich von der Antwort des Bundesrates als befriedigt erklärt.

78.446

Interpellation Waldvogel. OECD-Berichte Rapports de l'OCDE

Wortlaut der Interpellation vom 23. Juni 1978

Von der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ergehen periodisch Berichte über die Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten. Die neuesten Berichte über die Schweiz enthielten Auslassungen, die mindestens als «Mängelrügen» sowohl für die Konjunkturpolitik wie für die Energiepolitik der Schweiz qualifiziert werden müssen. Ich frage den Bundesrat an, wer diese Berichte erstellt, welchen Grad der Verbindlichkeit beziehungsweise Unverbindlichkeit sie nach dem Statut, nach Zwecksetzung und Auffassung der OECD einerseits und nach Auffassung des Bundesrates andererseits haben und wie er sich konkret zu den kritischen Aussagen besagter Berichte stellt.

Texte de l'interpellation du 23 juin 1978

L'OCDE (Organisation de coopération et de développement économiques) publie périodiquement des rapports sur la situation et la politique économiques de ses divers Etats membres. Dans les rapports les plus récents relatifs à la Suisse, on relève des observations qui, pour le moins, doivent être considérées comme de véritables critiques de notre politique conjoncturelle et énergétique. Je pose donc au Conseil fédéral les questions suivantes: Qui établit ces rapports? Jusqu'à quel point les recommandations qu'ils contiennent ont-elles, selon l'OCDE et compte tenu du statut et des objectifs de celle-ci, un caractère impératif? Dans quelle mesure le Conseil fédéral se sent-il lié par ces recommandations et que pense-t-il des critiques formulées dans lesdits rapports?

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Begründung meiner Interpellation seien, soweit sie nicht schon im Interpellationstext enthalten sind, noch folgende Frage und folgender Fragenkomplex angefügt:



Wieweit werden «Feststellungen», «Behauptungen» und Empfehlungen der OECD-Berichte als solche im vorerst zuständigen Departement, dem EVD, als solche betrachtet und wieweit sind sie Gegenstand der Beratungen des Bundesrates, seiner Erwägungen und Beschlüsse zur Wirtschafts- und Aussenwirtschaftspolitik?

Wieweit «bindet» die Mitgliedschaft der Schweiz bei den OECD-Staaten unsere Wirtschaftspolitik an diese Berichte? Oder beinhalten diese lediglich reine Empfehlungen an die Mitgliedstaaten, welche diese beachten und daraus Konsequenzen ziehen oder sie aber auch «souverän» nicht beachten können?

Die OECD-Berichte legen in der Regel eine wenn nicht gerade «dirigistische», so doch eine interventionistische Politik (auch binnenwirtschaftlich) nahe – dies allerdings vordergründig zugunsten einer «international-kooordinierten» Wirtschaftspolitik. Manchmal gewinnt man freilich den Eindruck, es würden in diesem OECD-Gremium sozusagen «von Haus aus», also politisch inspiriert, im Prinzip und von der Wirtschaftsdeologie her dirigistische bzw. interventionistische Praktiken und Massnahmen empfohlen. Wie verhält es sich damit aus der Sicht des Departements bzw. des Bundesrates?

Die OECD-Berichte und deren Empfehlungen haben, wie in den anderen Staaten, auch in der Schweiz jeweils eine grosse Publizität in den Medien. Was diese Publizität in der Schweiz anbelangt, wird man feststellen dürfen, dass sie ohne grosse Tiefenwirkung in der breiten Öffentlichkeit bleibe. Dennoch erhebt sich die Frage, wie sich die Landesregierung zu diesen Berichten, die für die schweizerische Wirtschaftspolitik im allgemeinen eher und manchmal überwiegend kritisch lauten, vor dieser «breiten Öffentlichkeit» stelle.

Es ist ein Anlass und ein wesentliches Anliegen der Interpellation, dass der Bundesrat zu dieser Frage und zu diesem Aspekt der OECD-Berichte – der bei uns ein anderer ist als in anderen Mitgliedstaaten und der bei uns mindestens ebenso sehr ein politischer wie ein wirtschaftspolitischer ist – sich äussere und sich äussern könne.

Antwort des Bundesrates siehe Seite 1371 hiernach (Einfache Anfrage Waldvogel)

Réponse du Conseil fédéral voir page 1371 ci-après (Question ordinaire Waldvogel)

Waldvogel: Ich möchte – wenn ich an diesem Tag schon an diesem Pult stehe – für manche Freundschaft und Kollegialität danken. Ich kann mich von der Antwort, trotz ihrer Ausführlichkeit, nicht voll befriedigt erklären, weil die Frage nach den Gremien, welche die manchmal doch etwas merkwürdigen OECD-Berichte verfassen und verantworten, nicht berücksichtigt ist. Ich bin nicht ganz, aber weitgehend befriedigt.

79.443

Postulat Jelmini

Vollbeschäftigung. Prognosen

Plein emploi. Prévisions

Wortlaut des Postulates vom 20. Juni 1979

Der Bundesrat wird aufgefordert, einer aus Wissenschaftlern zusammensetzenden Arbeitsgruppe den Auftrag zu geben, die Beschäftigungsaussichten für die erste Hälfte der achtziger Jahre zu untersuchen und ihm zur Sicherung der Vollbeschäftigung allfällige Vorschläge zu machen.

Texte du postulat du 20 juin 1979

Le Conseil fédéral est invité à confier à un groupe d'étude constitué d'hommes de science la tâche d'évaluer les perspectives dans le domaine de l'emploi pour la première moitié de la période 1980 à 1989 et de lui soumettre d'éventuelles propositions visant à garantir le plein emploi.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Biderbost, Bürer, de Chastonay, Christinat, Condrau, Dirren, Eisenring, Feigenwinter, Hungerbühler, Hürlimann, Koller Arnold, Landolt, Meier Josi, Mugny, Oehler, Pagani, Pedrazzini, Rippstein, Rüttimann, Seiler, Thalman, Tochon, Trottmann, Wellauer, Wyler, Zbinden (26)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Les diverses prévisions établies quant à l'évolution économique de notre pays, à brève et moyenne échéance, sont à juste titre préoccupantes.

Une étude faite récemment par un institut privé de Bâle (Prognos AG), dans le cadre des prévisions au niveau européen, laisse par exemple entrevoir pour les années 1980 à 1989 une augmentation catastrophique du chômage dans les pays industrialisés. En ce qui concerne la Suisse, on pronostique un taux de chômage de 8 pour cent en 1983 (environ 240 000 chômeurs). Il est possible que ces prévisions se fondent essentiellement sur des données relatives à l'évolution démographique et au pourcentage des personnes exerçant une activité, alors que d'autres facteurs ont peut-être été négligés.

Toutefois, il est certain que quelques dizaines de milliers d'emplois feront défaut ces prochaines années.

Les problèmes relatifs aux structures économiques et à la mobilité de la main-d'œuvre, qu'il s'agira d'affronter, compte tenu de la nécessité de maintenir l'équilibre régional et de prendre en considération les aspects humains, aggraveront encore la situation.

Ces problèmes complexes, préoccupent toujours plus les agents économiques et les associations de travailleurs. En effet, on n'entrevoit pas de solutions valables et rassurantes et, de toute façon, la volonté de prendre en temps utile des mesures efficaces (aptitude à innover et à organiser le travail; réduction de la durée du travail; augmentation des vacances; diminution de l'âge de la retraite; travail à temps partiel, etc.) ne se manifeste pas suffisamment.

Il semble opportun d'aller au-delà des études faites par des organisations privées ou par des services publics sur des données et des bases diverses, en concentrant les efforts pour parvenir à une vision globale qui permette de fournir aux organismes publics et à l'économie les éléments essentiels, indispensables pour prendre des décisions urgentes et adéquates.

D'où la nécessité de confier ce mandat à des personnes hautement qualifiées pour procéder aux enquêtes voulues et proposer des remèdes appropriés.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

Il est indéniable que l'évolution de la situation en matière d'emploi mérite une attention toute particulière dans notre pays également. Ainsi que le relève l'auteur du postulat dans le développement de son intervention, il n'est pas exclu que les années à venir apportent des difficultés croissantes dans ce domaine. Toutefois, l'expérience montre qu'il est impossible de faire des prévisions sûres en matière d'économie publique. C'est pourquoi nous devrions nous garder de tirer des conclusions trop générales en nous fondant sur des études actuelles qui sont d'ailleurs en partie contradictoires.

En Suisse, la situation future du marché de l'emploi fait l'objet d'une attention soutenue. Ces efforts sont partiellement rappelés dans le développement du postulat. De surcroît, outre les études du Centre de recherche prospective de la haute école de St-Gall, qui bénéficient du soutien de la Confédération, on relèvera notamment celles déjà entreprises ou qui sont sur le point de l'être dans le